

ab, ob die...
von mindestens...
die notwendig...
wenn beschlo...
schleichen prä...
aufzuerfahren...
tag, 7. März...
sumt.

auf 10. Nach...
Versicherung...
Januar ds. Ja...
igen 2300 mit...
ar- und Ber...
ahlung gingen

von wurde ein...
ndel gegründet...
Holländer.

Bei schwacher...
fener Woche...
ärter angeho...
schaft russi...
liche Saatru...
ste halt, haupt...
Württ. Weizen...
mergerste 18,50...
gegen 21,50 hie...
e, neu) 4,50-5...
gepreßtes Stroh...
-50,65 (39 bis...
8,75-9 (8,50

stand, foto 7.94.

Paar schwere...
trüchtige R...
nen 350-450...
0, Kalbfeln 250

-13, Käufer 18...
eine 6-15...
Rüschweine...
er 20-45...
-Hecceberg...
Rüschweine...
er 44. -Mar...
weine 9-15...
Rüschweine...
-Bopflingen...
schweine 9-15...
er 20-25...

-12,10, Gerste...
e 9-10, Sait...
20-8,40, Weisse...
Koggen 11 bis...
m: Dinkel 8,20...
alt 9,40-10...
erle 9,20-9,50...
Koggen 10,50...
-12,30, Dinkel...
-8,20 Mart.

sch ab. Für...
bedeutes Wort

reitenberg /...
Baptist Leu...
n / Katharine...
Herrenberg.

kbuch



ten der...
es Sports...
7.50

NAGOLD.

kwäische...
Bügeln

el...
nbergerstr. 6.

e

rbemittel

Der Wochenspiegel

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschl. Trägerlohn 4 1.50; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag. Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zoller (Inh. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 74



Anzeigenpreise: 1 spaltige Borgia-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Kellernummer 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Kusschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Wochenspiegel Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 5128

Nr. 33

Gegründet 1827

Mittwoch, den 10. Februar 1932

Preisnehmer Nr. 29

106. Jahrgang

Der große Tag in Genf

Neun Punkte der Amerikaner Rede Gibsons

Genf, 9. Febr. In der heutigen Vollversammlung der Abrüstungskonferenz im Völkerbundsrat ergriff zunächst der stellvertretende Führer der amerikanischen Abordnung, Redner Gibson, das Wort. Er erklärte:

Amerika wird nichts unverfügt lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. Man muß kleinliche Sonderinteressen verwerfen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinarbeiten; Amerika hält die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig und unentschuldigbar. Niemand kann bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen weltweiten Unsicherheit sind. Niemand kann bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das amerikanische Volk betrachtet die Fortdauer dieser Zustände als ein Verbrechen der Staatsmänner. Die Zeit ist vorbei, wo die Weltvölker dieses Verbrechen lange ruhig mit ansehen. Das Vertrauen und die Militärbündnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, sind nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern haben im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte leiden. Das System der Antikriegsverträge beschränkt die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf 1. die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern und 2. die Verteidigung der Landesgrenzen.

Amerika hat von den Vorschlägen Lardieus und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung hat keinen neuen, allumfassenden Plan. Aber sie befürwortet folgende Punkte:

1. Zugrundelegung des Konventionenentwurfs für praktische Verhandlungen unter völliger Bereitschaft, zusätzliche Vorschläge zu erörtern;
2. Verlängerung der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens;
3. Proportionale Herabsetzung der Lonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind;
4. Abschaffung der Tauchboote;
5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen;
6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung;
7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz;
8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen;
9. Begrenzung der Ausgaben für Material, damit nicht in der Qualität um die Wette gerüstet werde, wenn in der Quantität Begrenzung vereinbart ist.

Reichskanzler Brüning spricht

Nach Gibsons hielt Reichskanzler Dr. Brüning seine mit Spannung erwartete Rede:

Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, einen Vorgang von einzigartiger und weltgeschichtlicher Bedeutung darstellt. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt; denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicheren und veredelten Formen zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Es soll nicht mehr jedes Land allein über seine Rüstungen bestimmen, sondern die Art und der Umfang der Rüstungen sollen durch gemeinsame Verhandlungen aller Staaten vereinbarungsfestgelegt werden. Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbunds eingeleitet werden sollte und durch spätere Akte, wie den Kelloggspakt, weitergeführt wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgebodens als seiner naturgemäßen Vollendung und Krönung. Die vereinbarte, freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Kriegs, die den Wiederaufbau der Welt fördern, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkriegs in ihrem Lebensmarkt getroffene Menschheit zu neuer Gesundheit und neuem Aufstieg emporzuführen. Unseren Frontkämpfern von ehemals steht das Bild des Weltkriegs in seiner ganzen Furchtbarkeit unverwundlich und unverlierbar vor Augen. Wenn es unserer Generation, der

Generation der alten Kriegsteilnehmer, nicht gelingt, ein Bollwerk gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen, die Verhinderung des Kriegs wohl als Ideal, aber nicht so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden?

Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste und wesentliche Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirchen, der Arbeiterschaft und, besonders bedeutungsvoll, der Frauen haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht. Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Weg zu erreichen. Der neue Wille zum Frieden muß daher die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Weg als Mittel der nationalen Politik bewußt außer Rechnung stellen.

Jeder muß mit ehrlichem Gewissen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbundsprotokoll vorgelebene Minimum nur irgendwie senken kann. Daher begrüßen wir die Bestimmung, die vor einiger Zeit der leitende Staatsmann einer Großmacht (Mussolini) zum Ausdruck gebracht hat, indem er sich bereit erklärte, sein Land bis auf 10 000 Gewehre abzurüsten, vorausgesetzt, daß keine andere Nation mehr behält.

Daher: fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu halten und die des Nachbarn so viel wie möglich herabzurücken. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Auslegung der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kraftentfaltung zu sichern und sie ändern zu nehmen. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unsicheren Zustand des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrecht zu erhalten.

Bei allen internationalen Bemühungen um Beilegung der Not der Gegenwart ist immer und immer wieder die Erkenntnis zum Ausdruck gekommen, daß die erste Voraussetzung die Wiederherstellung des Vertrauens ist. Nun, hier haben wir die Gelegenheit, diese Voraussetzung ganz zu erfüllen. Die Abrüstung kann eine Realität schaffen, die wie nichts anderes das Vertrauen der Völker zu härten vermag. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Forderungen und den übertriebenen, ungleichen Rüstungen. Die Welt darf nicht daran zugrunde gehen, daß die Staatsmänner den Mut nicht finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Inneren tragen, entschlossen und einmütig zu verwirklichen. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem eine besondere Verantwortung auf Grund einer der Welt gegebenen feierlichen Zusage.

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkriegs bei Vortragung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbunds betrachtet werden müsse. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Abrüstung die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie also mit der Verantwortung der Staatsmänner für die Sicherheit des eigenen Landes nicht in Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinn liegt. Läßt nicht überdies der Artikel 8 des Völkerbundsprotokolls, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt und der für die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit offen, bei der Bestimmung des Mindestmaßes der Rüstungen jedes einzelnen Staates den Erfordernissen der nationalen Sicherheitsbedürfnisse Rechnung zu tragen?

Es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße, denn der Grundsatz des Völkerbunds ist die Gleichberechtigung.

Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortliche zu tun, um im Sinn der Verkünder des Abrüstungsgebodens und entsprechend ihren im Völkerbundsprotokoll niedergelegten Grundsätzen diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entschlossenheit die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Bewillmächtigten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Ziels zu betreiben.

Tagespiegel

Wochenspiegel von Hesch hatte am Dienstag vormittag eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, die sich auf wirtschaftliche Fragen bezogen haben soll.

Der Hauptausgang der Abrüstungskonferenz hat Henderson zum ersten und den Griechen Politis zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Vom 2. bis 8. Februar sind 967 vorstädtische Kleinrentner und 2355 Heimgartenbesitzer, zumeist in Sachsen, vom Siedlungskommissar bewilligt worden. Auch in Württemberg und Baden sind die Arbeiten auf voranschritten.

Der Reichslandbund hat es abgelehnt, dem Salm-Ausschuß für die Hindenburgwacht beizutreten.

Das Landgericht Berlin hat die Nationalsozialisten Graf Hellsdorf, den Stabschef Ernst und 20 weitere Angeklagte, die beschuldigt waren, an den Ausschreitungen gegen Juden am Kurfürstendamm beteiligt gewesen zu sein, freigesprochen. 18 Angeklagte erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs je 6 Monate Gefängnis.

In der Braunkohlengrube Finkenheerd bei Frankfurt a. O. wurden zwei Bergleute durch einstürzende Sandmassen getötet.

Es steht nunmehr fest, daß Mussolini am 11. Februar in Begleitung des italienischen Botschafters beim Vatikan dem Papst einen Besuch abstatten wird.

Das britische Unterhaus hat einen Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung Mac Donald mit 438 gegen 39 Stimmen abgelehnt. 30 liberale Abgeordnete haben sich zusammengesetzt, um die Schahzooanlage der Regierung zu bekämpfen.

Der Völkerbundrat behandelte am Dienstag abend wieder den japanisch-chinesischen Streit.

Der französische Abgeordnete Cachin (Komm.) hat den Finanzminister Flandin schriftlich um Auskunft erfragt, ob es wahr sei, daß Frankreich Japan eine (Kriegs-)Anleihe von mehreren hundert Millionen Franken gegeben habe oder gebe.

Die Wafung-Joris wurden am Dienstag erneut beschossen. 19 Granaten sollen in die Fremdenniederlassung gefallen sein.

Der frühere japanische Finanzminister der Minketo-Partei Inoue, wurde auf dem Weg zu einer Versammlung durch drei Schüsse getötet. Der Mörder ist verhaftet.

Die deutsche Abordnung kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionenentwurf nehmen, den die Vorbereitende Abrüstungskommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tags. Er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte. Die deutsche Abordnung behält sich vor, zu gegebener Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und den in neuen Vertragswerken, insbesondere dem Kelloggspakt, erfolgten Verzicht auf den Krieg durch Verbot und besondere Beschränkung aller der Waffen Rechnung zu tragen, die vorzugsweise dem Angriff dienen. Nur solche Maßnahmen, die Kern und Wehen der Rüstungen treffen, können die letzten Ziele dieser Konferenz verwirklichen. Allen Staaten ihr Recht auf gleiche Sicherheit zu gewährleisten.

Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen sachlicher Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre. Vorschläge allerdings, die eher einer Umgehung als einer Verwirklichung des von den Völkern erwarteten Konferenzziels dienen könnten, würden auf die sachliche Kritik und den pflichtmäßigen Widerstand aller derer gefaßt sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Generationen gegenüber sich für ein gerechtes und lebensfähiges Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten laut geworden ist. Aber es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen. Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgends in der Welt würde das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden als in Deutschland. Denn das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen.

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als ein vollberechtigtes und voll verpflichtetes Mitglied des Völkerbunds und dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unüberwindlicher Art, wie sie im Völkerbundsprotokoll für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgegeben ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geist weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziel zustreben.



Genf, 9. Febr. Nach der Rede des Reichstanzlers gab der Vertreter Brasiliens, Soares, eine Erklärung ab, daß Brasilien bereit sei, sich an den Abrüstungsarbeiten zu beteiligen.

Der italienische Außenminister Grandi wird Mittwoch vormittag den italienischen Standpunkt darlegen.

Günstiger Eindruck der Rede Brüning

Genf, 9. Febr. Die Rede des Reichstanzlers, deren Verlesung eine halbe Stunde in Anspruch nahm, hat einen starken Eindruck in allen Kreisen der Konferenz gemacht. Die Rede wurde von den großen Nachrichtenbüros teilweise im vollen Wortlaut aufgenommen und nach dem Ausland übermittelt. Als Dr. Brüning die Rednertribüne bestieg, wurde er durch allgemeines Händeklatschen begrüßt. Wiederholt wurden die Ausführungen von der Versammlung mit Beifall unterbrochen, insbesondere an den Stellen, wo er sich gegen die Verfallung des Abrüstungsgedankens wandte. Die Ablehnung der französischen Vorschläge wurde mit hinreichender Deutlichkeit ausgesprochen. Zum Schluß gab es wieder herzlichen Beifall.

Interessante Zahlen zum Tardieu-Plan

Die deutsche und die französische Luftfahrt

Berlin, 9. Febr. Der hessische Gesandte in Berlin, A. u. H. der Reichsregierung für die Heeresangelegenheiten im Reichsrat, beschäftigt sich in der „Germania“ mit dem französischen Abrüstungsplan, der u. a. die Internationalisierung der Zivilflugfahrt und das Verbot des chemischen Kriegs vorschlägt. Auf stellt die Zahlen der deutschen und der französischen Zivilflugfahrt gegenüber.

Deutschland besitzt 713 Zivilflugzeuge, darunter 210 Personen- oder Frachtoerkehrflugzeuge des gewerbmäßigen Luftverkehrs und 277 reine Reichsflugzeuge (unter 75 PS Motorleistung). Der Rest besteht aus Sportflugzeugen. Der militärische Wert der deutschen „Zivilflugflotte“ ist gleich Null.

Demgegenüber verfügt Frankreich zurzeit mindestens über 880 Zivilflugfahrzeuge und 428 Personen- oder Frachtoerkehrflugzeuge. Nach den amtlichen Angaben des französischen Luftfahrtministeriums vom Frühjahr 1930 verfügt die französische Republik außerdem über 2800 Militärflugzeuge ohne Einrechnung der Reservebestände.

Die Ausgaben betragen in Deutschland in den letzten vier Jahren 177,7 Millionen RM. In Frankreich betragen sie für Militär- und Zivilflugfahrt insgesamt 1159,8 Millionen RM.

Zu dem Vorschlag eines Verbots des chemischen Kriegs schreibt Auf, daß in Frankreich zurzeit 14 staatliche Fabriken und 25 größere Privatwerke für die Herstellung von Pulver und Sprengstoffen arbeiten. Die Fabrikation von Gasstoffsäuren in den staatlichen Betrieben Frankreichs ist geheim. In mindestens fünf staatlichen Fabriken werden derartige Stoffe hergestellt. Dazu kommen noch 24 Privatwerke. Frankreich hat zurzeit eine Rüstungsindustrie, die im Frieden bei weitem den eigenen Bedarf übersteigt. Deshalb ist Frankreich das erste Ausfuhrland für Rüstungsartikel nach europäischen und überseeischen Ländern.

Neueste Nachrichten

6 041 000 Erwerbslose

Berlin, 9. Febr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 18.—31. Januar 1932 hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Monats Januar erheblich langsamer als im vorigen Berichtsdrittteil zugenommen, sie überschritt jedoch erstmals die Sechsmillionengrenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte.

Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000, in der Krisenfürsorge rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten betrug rund 1,7 Millionen. Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und 1,7 Millionen Wohlfahrtsunterstützte gegenüber.

Frankreich soll von seiner bisherigen Handelspolitik abgehen

Paris, 9. Febr. Dem Senat ist heute ein Initiativantrag von Senator David und Genossen zugegangen, der eine Abkehr von der bisherigen handelspolitischen Einstellung Frankreichs verlangt. Zunächst wird gefordert, daß die Regierung geeignete Maßnahmen treffen möge, um Frankreich wieder in die Lage zu setzen, frei über seinen Zolltarif bestimmen zu können. Den Ländern, die nach Frankreich einführen, soll vorgeschlagen werden, sie mögen eine ihrer eigenen Ausfuhr nach Frankreich entsprechende Menge französischer Erzeugnisse abnehmen. Die Europa-Konferenz soll die industrielle und landwirtschaftliche Erzeugung sämtlicher europäischen Länder an der Fortkriegserzeugung überprüfen und ordnen.

Errichtung von Freihäfen in Großbritannien?

London, 9. Febr. In Großbritannien sollen, wie „Daily Herald“ berichtet, mehrere „Freihäfen“ errichtet werden, um womöglich die mindestens 64 Millionen Pfund Sterling zu retten, die der Wiederausfuhrhandel dieses Jahres einbringt und die durch die Schutzpolitik der Regierung bedroht seien. Die Regierung werde binnen kurzem mitteilen, daß in einer Anzahl von Häfen keine Zölle erhoben werden sollen, falls die fraglichen Güter wieder nach dem Ausland verkauft werden.

Die Lage in China

Schanghai, 9. Febr. Die Chinesen haben den englischen Vorschlag, die Front um ungefähr 25 Kilometer zurückzuzurücklegen, abgelehnt. Bankiers, Geschäftsmänner und Hausbesitzer des Stadtteils Tschapei, die am meisten unter den Kriegshandlungen gelitten haben, sollen dem chinesischen Heer, das Tschapei verteidigt, eine halbe Million Silberdollars versprochen haben, falls es seine Front um 25 Kilometer nach rückwärts verlege.

Die Japaner haben bei ihrem fünften erfolglosen Angriff auf die Wai-ping-Forts am Montag starke Verluste erlitten. Am Dienstag wurden bei Wai-ping weitere 2500 Japaner getötet. Auch ein Bataillon französischer Infanterie aus Tientsin ist in Schanghai an Land gesetzt worden.

Der japanische Finanzminister soll gegen die Abwendung weiterer Truppen nach China Einspruch erhoben haben, da die nötigen Mittel nicht verfügbar seien.

Die Strafanträge im Javag-Projekt

Frankfurt a. M., 9. Febr. Der Staatsanwalt stellte im Javag-Projekt folgende Strafanträge: Gegen Direktor Lindner 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe; gegen Schumacher 2 Jahre Gefängnis und 16 000 Mark Geldstrafe; gegen Mäde 3 Jahre Gefängnis und 32 000 Mark Geldstrafe, außerdem Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre; gegen Sauerbrei 4 Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe; gegen Kirchsbaum 3 Jahre Gefängnis und 12 000 Mark Geldstrafe, sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre; gegen Fuchs 3 Monate Gefängnis.

Württemberg

Der botanische Unterricht an der Technischen Hochschule Stuttgart

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In den Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß nach Mitteilung von „unterrichteter Seite“ ein Beschluß vorliegen soll, vom nächsten Semester ab an der Technischen Hochschule keinen botanischen Unterricht mehr zu erteilen und das botanische Institut und den botanischen Garten aufzugeben. Diese Mitteilung ist unrichtig. Das botanische Institut und der botanische Garten der Technischen Hochschule werden aufrechterhalten. Dagegen soll die Professur für Botanik, die durch den Weggang des Professors Dr. Harber nach Göttingen auf 1. April d. J. erledigt wird, nicht mehr ständig besetzt werden. Im Zusammenhang mit den allgemeinen Sparmaßnahmen, von denen auch die Hochschulen nicht verschont werden können, wird zurzeit nachgeprüft, in welchem Umfang der Unterricht in Botanik an der Technischen Hochschule fortgeführt werden soll. Auch wenn dieser Unterricht in Zukunft eingeschränkt werden muß, wird dafür Sorge getragen werden, daß er in einer Uebergangszeit von zwei Jahren noch in gleichem Umfang wie bisher fortgeführt wird. In der an der Technischen Hochschule Studierenden ihr Studium ohne Einschränkung fortzuführen können.

Arbeitslosenfrage im Arbeitsamtbezirk Stuttgart. Am 15. 1. 32 waren im Arbeitsamtbezirk Stuttgart 10 496 Arbeitslosenunterstützungsempfänger vorhanden. Bei den Männern ergibt sich ein Zugang um 1031, bei den Frauen ein solcher um 6 Personen. Stand am 30. Januar 1932: 6321 männliche und 2212 weibliche, zusammen 11 533 Arbeitslosenunterstützungsempfänger. In der Krisenunterstützung standen am 15. 1. 32 10 043 Personen. Bei den Männern ergibt sich ein Zugang um 355, bei den Frauen ein solcher um 50 Personen. Stand am 30. Januar 1932: 8937 männliche und 1511 weibliche, zusammen 10 448 Krisenunterstützungsempfänger. Insgesamt ergeben sich unter Hinzurechnung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger 21 981 Unterstühtungsempfänger. Davon entfallen auf Groß-Stuttgart 14 103 Unterstühtungsempfänger. Am Ende der Berichtszeit waren 46 568 Stellenjuchende vorgemeldet.

Der Vorort des Württ. Handwerksamertags ist mit sofortiger Wirkung auf die Handwerksammer Stuttgart übergegangen.

Beschl. und Fohlengeter auf den staatlichen Beschläffen. Die Zentralkasse für die Landwirtschaft hat mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums für die Beschläffezeit 1932 das von den Stutenbesitzern vor dem ersten Decken der Stuten zu entrichtende Beschläffgeld auf 10 RM. festgesetzt. Außerdem ist von den Stutenbesitzern ein Fohlengeter von 5 RM. zu entrichten. Für die Besitzer der in das Stutenbuch des Württ. Pferdezuchtvereins eingetragenen Stuten wird das Beschläffgeld auf 7 RM. ermäßigt. Das auf den staatlichen Beschläfflotten zum Anlaß kommende Beschläff- und Fohlengeter ist in mindestens gleicher Höhe auch von den Privatbesitzern zu erheben, die patentierte Hengste zum Decken fremder Stuten verwenden.

Landesversammlung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern hält hier am 27. März (Dienstag) ihre Landesversammlung ab.

Jahresversammlung der Gärtnereibesitzer. Die diesjährige 28. ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes Württemberg im Reichsverband des Deutschen Gartenbauers fand am Montag statt. Der stellv. Vorsitzende Bader-Ulm wies darauf hin, daß auch im deutschen Gartenbau sich allmählich die allgemeine Wirtschaftskrise bemerkbar mache und daß die Rettung nur von einer Belebung der Binnenwirtschaft erwartet werden könne. Geschäftsführer Haug-Stuttgart erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß der Landesverband Württemberg 1040 Mitglieder zählt. Es folgten dann verschiedene Referate.

Erst für eine verbotene Zeitung. Im Lauf des vierzehntägigen Verbots der „Südd. Arbeiterzeitung“ erschienen als Antwort auf das Verbot eine ganze Reihe von Betriebs- und Stadtteilzeitungen, die die Lehren der Kommunistischen Partei und ihre Forderungen in die Reihen der Arbeiter trugen. Die „Südd. Arbeiterzeitung“ nennt u. a. folgende Erziehungszentren: „Roter Gemeindegarten“, „Scharke Feile“, „Rote Linde“, „Rote Mercedes“, „Heslacher Beobachter“, „Rote Kämpfer im Westen“, „Weg frei“, „Rote Sturmjähne“ und „Rote Front“.

Vorgehen der Polizei gegen Masken. Die Polizei ist bereits heute im Laufe des Nachmittags gegen Maskengruppen eingeschritten, die allerlei Unfug trieben. So wurden am Schloßplatz vier Personen verhaftet. Um allen Ausschreitungen energisch entgegenzutreten zu können, ist der Polizeikreisendienst erheblich verstärkt worden.

Stuttgart, 9. Febr. Verhaftung internationaler Einbrecher. In der Schweiz ist ein internationales Einbrecherpaar, die Brüder Hermann und Otto Klöpfer aus Freiburg i. Br. verhaftet worden. Hermann Klöpfer hat am 10. August 1930 einen Mordversuch an dem Direktor des Hotels Waldhaus Dolber in Zürich, Caspar Obr, begangen. Klöpfer wurde dabei durch zwei Schäfte, die Obr auf ihn abgab, im rechten Unterarm und in der linken Gehirnhälfte getroffen. Beide Augen hat er noch im Körper. Er reiste dann mit Hilfe seines Bruders nach Stuttgart und ließ sich hier von seiner Schwester Emma pflegen. Diese Emma Klöpfer befindet sich zurzeit in Haft, denn sie ist verdächtig, an den Stuttgarter Einbrüchen ihres Bruders beteiligt gewesen zu sein. Die Stuttgarter Kriminalpolizei glaubt, daß auch die Schloßbrüche in Stuttgart zu Anfang des Jahres von Klöpfer begangen worden sind. Klöpfer hatte ein sehr bewegtes Leben hinter sich, und zahlreiche Einbrüche begangen. Als er verhaftet wurde, fand man bei ihm eine Diebesbeute im Wert von 50—60 000 Schweizerfranken, darunter viel Juwelen.

Cannstatt, 9. Febr. Diamantene Hochzeit. Das Jubelpaar Gottlob Blättner und Wilhelmine, geb. Warth, das am 8. Februar des Jahres 1872 zu Untertürkheim getraut wurde und das vor zehn Jahren in der Stadtkirche sein goldenes Ehejubiläum beging, wurde gestern nachmittag in der überfüllten Stadtkirche zum drittenmal zur diamantenen Hochzeit eingeleitet. Der Jubelbräutigam ist 85, seine Frau 80 Jahre alt. Der Reichspräsident und das Stadtoberhaupt, der Staats- und der Kirchenpräsident haben Glückwunschkarten geschickt.

Der fingierte Raubüberfall in Cannstatt vor dem Schnellrichter. Der angebliche Raubüberfall in Cannstatt, bei dem einem Lehrling 2300 Mark Vohngelder geraubt worden sein sollten, fand rasche Aufklärung und nun Aburteilung vor dem Schnellrichtergesicht in Cannstatt. Angeklagt war der 18 J. a. Formerlehrer Robert Wablschick, der 37 J. a. geschiedene Mechaniker Reinhold Lüllich und eine 24 J. a. Sekretärin, sämtliche aus Cannstatt. Des Urteils lautete bei Wablschick auf 10 Monate und bei Wöhlisch auf 5 Monate Gefängnis. Die Sekretärin wurde freigesprochen.

Aus dem Lande

Köngen O. E. Köngen, 9. Febr. Tot vom Rad gestürzt. Gestern nachmittag stürzte in der Plochingener Straße der Maurer Karl Kiefer tot vom Fahrrad. Er hatte einen Schlaganfall erlitten.

Kornwestheim, 9. Febr. Entlassene Betriebsräte. Vor dem Reichsgericht wurde am Samstag die Klage gegen die Firma Salomander, Kornwestheim, verhandelt. Bekanntlich hat die Firma bei der letzten Betriebsratswahl vier rote Betriebsräte entlassen. Das Reichsgericht hat nunmehr, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, entschieden, daß die Entlassungen zu Unrecht erfolgt sind. Die Firma wurde deshalb zur Weiterzahlung des Lohns verurteilt.

Lorch O. L. Lorch, 9. Febr. Römerturm freigelegt. Hier ist in der Nähe eines Spielplatzes, unweit der Straße, ein weiterer Turm aus der Römerzeit freigelegt worden. Die freigelegten Teile werden demnächst von Sachverständigen geprüft und unterrichtet werden, Lorch damit eine weitere Sehenswürdigkeit gewonnen.

Wird das Kloster verkauft? Das Kloster, in dem noch das Finanzamt, das am 1. April d. J. aufgelöst wird, untergebracht ist, soll nach Auszug des Finanzamts verkauft werden. Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gang.

Waldflecken O. G. Gmünd, 9. Febr. Baumfresser. In letzter Zeit hat sich hier ein gewissenloser Baumfresser bemerkbar gemacht. So wurden dem Landwirt Konrad Wabel am Ufer des Waldsteiner Baches 4—6 Bäume mehrmals angebohrt und die Löcher mit Salzsäure ausgefüllt. Die Löcher sind teilweise 20 Zentimeter tief und so tief gebohrt, daß die Flüssigkeit nicht mehr zurückweichen kann. Sämtliche Bäume wurden größtenteils bis auf das Herz angebohrt.

Dehringen, 9. Febr. Erfroren. Vorgestern früh wurde auf der Straße zwischen Gleichen und Reumertshaus der 58jährige ledige Chr. Reiserichmidt von Oberrot tot aufgefunden. Vermutlich ist er in angetrunkenem Zustand in den Straßengraben gestürzt und erfroren.

Göppingen, 9. Febr. Auch ein Zeichen der Zeit. Eine hiesige Schnelllokhöhle hat dieser Tage neubefohle Schuhe, die von ihren Eigentümern nicht mehr abgeholt wurden, verkauft. Die Preise bewegten sich von 20 Pfennig an aufwärts. Der Absatz war gut. Vorwiegend handelte es sich um Schuhe, deren Besitzer wohl aus Mangel an Geld die frischbefohlenen Stiefel nicht mehr holen konnten.

Naumburg, 9. Febr. Beamter vermisst. — Abmangel in der Kasse. Seit Sonntag vormittag wird der Leiter des hiesigen Küchens, Kuchens, Oberrechnungsrat Schneider, vermisst. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Es wurde sofort eine Revision der Kasse vorgenommen. Es dürfte ein Abmangel vorhanden sein.

Biberach, 9. Febr. Neue Ortsbezeichnung. Nach einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung ist dem Beschluß des Gemeinderats Unterdettingen, Oberamt Biberach, vom 21. Dezember 1931, der Gemeinde Unterdettingen die Bezeichnung Dettingen an der Aller zu geben, zugestimmt worden. Die aufgehobenen Teilgemeinden Unterdettingen und Oberdettingen bestehen als Teilorte fort.

Reutlingen, 9. Febr. Ein Teil der Beute wieder beigebracht. Dieser Tage wurden einige Personen verhaftet, die mit der Schwindelei einiger hiesiger Burtschen in Verbindung stehen. Die Polizei hoffte damals, nach einem anfänglichen Betrag des erschwundenen Gelds wieder auffinden zu können. Einer der fahsichen „Crimineller“ hat dann auch in der Haft den Aufbewahrungsort des ihm zugewiesenen Gelds verraten. Eine Summe von 1800 RM. konnte in der Zwischenzeit wieder gefunden werden. Die fünf Verhafteten werden sich wegen Hehlerei vor dem Richter zu verantworten haben.

Gerichtssaal

Jöpprich-Prozess

Ellwangen, 9. Febr. In der heutigen Vormittagsverhandlung im Prozeß Jöpprich erstattete der Sachverständige Nathan aus Ulm, der die Firma Gebr. Jöpprich wirtschaftlich beriet und zur Vermeidung eines Konkurses einen Liquidationsvergleich mit einer garantierten Quote von 30 v. H. durchgeführt hatte, sein Gutachten zur Frage des Konkursesvergehens. Nach der Ansicht des Sachverständigen ist die Anklage auf unrichtigen Weg, wenn sie beanstandet, daß der mit der Mainz A.G. eingegangene Siderungsübereignungsvertrag nicht in die Bilanz aufgenommen wurde, da eine Verpflichtung hierzu nicht besteht. Es sei unzulässig, vorzufaktieren, ohne daß bestimmte Aufträge hierzu vorliegen. Dem Anwaltsbüro einen Strich daraus zu drehen, daß er keinen Auftrag zu Abstrichen am Warenkonto gab, hält der Sachverständige für nicht berechtigt. Dagegen hätte Dr. Jöpprich sich bei der monatlichen Rohbilanz Gedanken über ein Defizit von 5—600 000 Mark machen müssen, die in der folgenden Monatsbilanz nicht mehr erschienen, und da hätte er erkennen müssen, daß Abstriche gar nicht gemacht sein konnten. Es sei ohne Bedeutung, ob die Krüger-Aktien, als sie in die Gesellschaft eingebracht wurden, Eigentum des Angeklagten waren oder nicht. Dafür sei aber der Angeklagte den Gegenwert der Aktien schuldig gewesen. Durch den Erwerb der Aktien sei der Angeklagte aber auch auf jeden Fall eine neue Schuld von 750 000 RM.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 6. Februar

Unauffälliges Abschmelzen des Goldbestandes

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Februar 1932 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schets, Lombards und Effekten um 210,2 auf 3773,4 Millionen RM. verringert.

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserverslofen

Die Wohlfahrtserverslofen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtebundes im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende Januar 1 195 000 Wohlfahrtserverslofen (Dezember 1 108 000) ermittelt.

Berliner Pfundkurs, 9. Febr. 14,48 G., 14,52 B.

Berliner Dollarkurs, 9. Febr. 4,209 G., 4,217 B.

Preisabstand 6,875 v. H. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 9. Febr. Grundpreis 44,50 RM. d. Ag.

Ecuador gibt die Goldwährung auf. Wie aus Guayaquil gemeldet wird, hat die Republik Ecuador die Goldwährung aufgegeben.

Bata-Fabriken auch in Holland. Die holländische Regierung hat die Einfuhr von Schuhwaren durch Kontingente stark eingeschränkt.

Die Siemens u. Halske AG., Berlin weist für das am 30. September 1931 beendete Geschäftsjahr 1930/31 einen Reingewinn von 11 073 745 (16 401 820) RM. aus.

aus dem 9 (14) Proz. Dividende verteilt werden. Nach Abzug der Dividendenanteile von 255 074 (566 148) RM. bleiben 2 215 583 RM. zum Vortrag.

Zahlungseinstellungen. Sanitätsgesellschaft Heinrich Richter u. Co., Glogau. - Webwaren- und Futtermittelgroßhandlung Gamion u. Dreyfuß, Frankfurt a. M.

Bankrott in Griechenland. Die griechische Bank Kosmadopoulos in Athen hat mit 100 Mill. Drachmen Verpflichtungen die Zahlungen eingestellt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 25. Januar 2 728 411, d. h. 218 490 mehr als am 21. Dez. 1931.

Befchränkung der Buttereinfuhr in der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat die Einfuhr von Butter mit Wirkung vom 1. April auf eine gewisse Menge beschränkt, um dem Druck auf den Milchpreis entgegenzutreten.

M ä r k t e

Stuttgarter Schlachtwirtschaft, 9. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 33 Ochsen, 42 Bullen, 255 Jungbullen, 364 Rinder, 249 Kühe, 1351 Kälber, 2237 Schweine, 3 Schafe.

Table with market prices for various goods like Ochsen, Kühe, Kälber, Schweine, etc. Columns include item name, unit, and price.

Ulmer Schlachtwirtschaft. Zutrieb: 5 Ochsen, 18 Farren, 24 Kühe, 17 Rinder, 201 Kälber, 304 Schweine.

Hofheimer Schlachtwirtschaft. Zutrieb: 3 Ochsen, 11 Kühe, 52 Rinder, 27 Farren, 40 Kälber, 400 Schweine.

Viehpreise. Ravensburg: Mittelrinder 80-250, trächtige Kühe 200-350, Milchkühe 180-320.

Schweinepreise. Baden: Milchschweine 8,50-15. - Niedlingen: Milchschweine 12-18, Mutterfische 90-110.

Schramberg, 8. Febr. Besitzwechsel. Die Firma Gebr. Heintzelmann Sägewerk in Schillach verkaufte durch die Vermittlung der Firma Albert Freyburger, Immobilien u. Hypotheken.

Besitzwechsel. Die Filmgesellschaft GmbH, 111 hat zu befehlen aufgehört. Der Filmgeschäft ist an die Firma G. A. G. übergegangen.

Das Wetter

Unter dem Einfluß des über Skandinavien befindlichen Hochs ist für Donnerstag und Freitag mehrfach bedecktes und auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Gestorbene: Karl Waldmann, Bautechniker, 74 J., Wachen-dorf / Christine Geiser geb. Hornberger 87 J., Witt-lensweiler O. A. Freudenstadt / Albert Wirth, Säger, 37 J., Baiersbrunn.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Ämtliche Bekanntmachung

Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch

Alle in Württemberg vorhandenen Schusswaffen und Munitionsvorräte müssen bis 20. Februar 1932 der Ortspolizeibehörde angemeldet werden.

Schusswaffen sind Waffen, bei denen ein Geschloß oder eine Schrotladung mittels Entzündung von Explosivstoffen oder Druckluft durch einen Lauf getrieben wird.

- Nichtmeldepflichtig sind 1) Hieb- und Stoßwaffen 2) Vorderladerwaffen, Hinterladerwaffen, soweit es sich um Modelle bis zum Herstellungsjahr 1870 einschließlich handelt.

Befreit von der Anmeldung sind:

- 1) Die Behörden des Reiches oder der Länder, Gemeindebehörden, denen der Erwerb von Schusswaffen ohne Erwerbsschein gestattet ist.
- 2) Die Angehörigen der Deutschen Wehrmacht, die Polizeibeamten der Länder, sowie die Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten der Reichsfinanzverwaltung.

Personen, die eine Genehmigung zur Herstellung von Schusswaffen und Munition oder zum Handel hiemit besitzen, hinsichtlich der Waffen und Munition, die sich in ihrem Geschäftsbetrieb befinden.

Personen, die einen Waffenschein oder einen Waffen- oder Munitionserwerbsschein besitzen, hinsichtlich der auf Grund dieser Scheine beschafften Waffen und Munition.

Inhaber von Jahresjagdkarten hinsichtlich der Schusswaffen und Munition, die sie auf Grund ihrer Jagdkarte erworben haben oder zu führen berechtigt sind.

Die Ortspolizeibehörde bescheinigt die Anmeldung. Diese Bescheinigung hat der Meldepflichtige sorgfältig aufzubewahren.

Wer die Anmeldung vorsätzlich unterläßt oder wer im Besitz von Gegenständen betroffen wird, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie der Anmeldung entzogen sind, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, obige Vorschriften ortsüblich bekannt zu machen und hiernach alles Weitere zu besorgen.

Nagold, den 9. Februar 1932. Oberamt: Baitinger.

Stadtgemeinde Nagold.

Beigolz- und Reisig-Verkauf



Am Donnerstag, den 11. Februar 1932 kommen aus Stadtwald Distrikt Mittlerberge, Abt. hinterer Schlegwiesenberg, zum Verkauf: 336 Radelholz, Beigolz: 80 Nm. Scheiter, Prügel und Anbruch (darunter 5 Nm. Schindelholz);

Radelholz, Brennreisig: 1000 geb. Wellen. Zusammenkunft zum Vorzeigen mittags 2 Uhr auf der Straße Nagold-Verrenberg beim Unterjettimer Wegzeiger Verkauf 3 Uhr im Kurhaus Waldlust. Stadt. Forstverwaltung.

Sämtliche Plakate

für Vereinsfeste, Behörden, Reklame sowie jede andere Druckarbeit

festest in geschmackvoller und zweckmäßiger Ausführung bei schnellster und billigster Bedienung

Buchdruckerei

G. W. Zaiser, Nagold

Affstatt bei Verrenberg

Laubstammholz-Verkauf.

Am Freitag, den 12. Februar 1932, bringt die Gemeinde zum Verkauf:

60 Hfm. Eichen, darunter eine größere Anzahl 1. Kl. Starkeichen und etwa 10 Hfm. Aspen, Birken und Buchen.

Zusammenkunft vormittags 10 Uhr beim Grub-eiche, Distrikt Vorderer Brand. 343

Losverzeichnis durch Waldmeister Kopp. Gemeinderat.

SÜDFUNK SÜDDEUTSCHE RADIOZEITUNG. Die offizielle Zeitschrift der Sendestationen für Württemberg und Baden. Große Ausgabe mit dem neuesten Inhalt. Preis monatlich RM. 1.50. Klein Ausgabe für Ortsabnehmer monatlich RM. 1.00.

ABONNEMENTENUNFALLVERSICHERUNG RM. 1000.-. Preisabnahme kostenlos durch G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Bei Anzeigen

die uns durch den Fernsprecher übermittelt werden, übernehmen wir keine Garantie für die richtige Überbergabe und lehnen jede Verantwortung für etwaige Hörfehler ab. Auch eine Berichtigung oder Gratiswiederholung müssen wir ablehnen.

Guterhaltene Skier

mit Bindung u. Stöcken billig zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 346

Zur Aufführung durch die Württ. Volkshöhne am 11. Febr. 1932:

Carl Judmayer

Der Hauptmann von Köpenick

zu M. 50 vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandl. Nagold.

Rüfelerlehrlings-Gesuch

Suche einen ehrlichen und fleißigen Jungen, der Lust hat, das Rüfelhandwerk gründlich zu erlernen. Kost und Wohnung beim Meister. Wilhelm Henne, Rüfelmeister, Nagold.

Keizende Neuheiten in Bastarbeiten

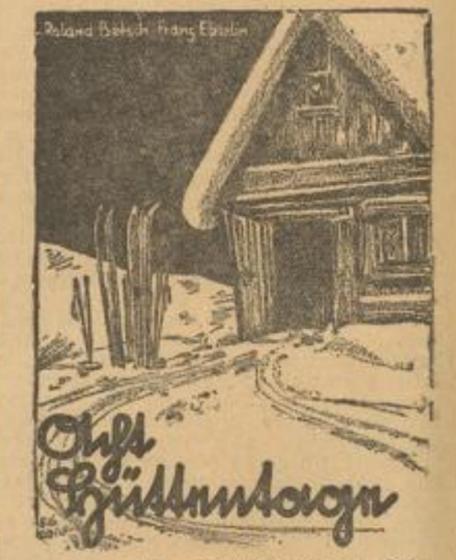
Besuchstaschen zu 1.00 und 1.80 Buchhüllen 1.80 Serviettentasche f. Reise u. Ausflüge 1.80 Serviettentänder aus Holz 1.80 G. W. Zaiser. Beachten Sie meinen Schaufenster.

Gemeinde Oberjettingen

Oberamt Verrenberg. Der auf Donnerstag, 11. Febr. 1932 anberaumte

Holz-Verkauf

findet infolge besonderer Umstände halber nicht statt. Späterer Termin wird bekanntgegeben. 348 Gemeinderat.



Ein vollständiger Skifursus nach moderner Lauftechnik, dazwischen eine Reihe farbiger Erlebnisse aus dem Hochgebirge und dem Skiauferleben

Eine prächtige Synthese eines stichwärtigen Lehrbuches und einer Reihe Sportnovellen und Dichtungen. Keine schulmeisterlich lehrerliche Anweisung für den Lauf, sondern eine klare, knappe und doch erschöpfende, lebendige Zusammenfassung der Hauptgrundzüge moderner Lauftechnik. Prof. Dr. Altrud i. Neclams Universität, Mit über 50 Photos und Einzelfiguren in Leinen RM. 4.50, Heft kart. nur RM. 3.- Zu haben in der Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold

Geld!

Wer braucht Geld von M. 200.- an auf Hypothek, z. Ablosung teurer Hypothek, z. Hausbau, Kauf oder Betriebskapital. Auskunft kostenfrei von 10-6 Uhr. K. H. Gerberstr. 9 I (Insel). (Keine Vermittlung)

Nagolder Tagblatt

darf als Heimatblatt in keiner Familie fehlen.

Bestens empfohlen: Geschichte Friedrichs des Großen

mit vielen Bildern von Adolf Menzel in Leinen gebunden zu nur RM. 4.80 bei G. W. Zaiser, Nagold



Deute abend punkt 8 1/2 U. Einzelprobe 'Bäse' 'Traube' (Nebennummer). Donnerstag punkt 12 1/2 U. Traube Beerbigung Werke. (Bitte zahlreich erscheinen.)